

**Eingangsstatement von Ministerin Kristin Alheit anlässlich der gemeinsamen Sitzung von Finanz- und Sozialausschuss am 6. Dezember 2012**

Der Haushalt des MSGFG umfasst im Jahr 2013 ein Ausgabevolumen von 1.194.176,2 T€ Gegenüber dem Haushaltsansatz 2012 von 1.051.264,8 T€ bedeutet dies eine Steigerung von 142.911,4 T€ oder 13,6 v.H. Maßgebend hierfür sind neben den angepassten Beträgen der Eingliederungshilfe die veranschlagten höheren Bundeszuschüsse für die Grundsicherung und den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen.

Das Volumen von rund 1.194 Mio. € umfasst im Wesentlichen gesetzliche Leistungen. Der Anteil der ausgewiesenen gesetzlichen Leistungen (z.B. Eingliederungshilfe und andere soziale Leistungen, Unterhaltsvorschussgesetz, Landesblindengeld) beträgt rd. 925 Mio. €, das sind 77,5 %. Bei Einbeziehung der durchlaufenden Mittel (rd. 177 Mio. €) und der Personalkosten (rd. 27,6 Mio. €) ergibt sich ein Anteil von 94,6 % am Haushalt des MSGFG im Einzelplan 10.

Nach diesem gestrafften Blick auf das Zahlenwerk des Einzelplans 10 will ich Ihnen kurz die politischen Schwerpunkte vorstellen:

**Ausbau der sozialen und gesundheitlichen Infrastruktur zur Verbesserung der Lebens- und Zukunftschancen der Menschen in unserem Land**

Angesichts des demografischen Wandels ist für die Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur hin zu einer stärker sozialraumorientierten und bedarfsgerechten Versorgung älterer Menschen eine ausreichende Anzahl gut qualifizierter Pflegefachkräfte zwingend erforderlich. Mit der Erhöhung der geförderten **Ausbildungsplätze in der Altenpflege** 2013 und 2014 um jeweils

200 Plätze wird daher ein wichtiges Signal für dieses zentrale gesellschaftliche Handlungsfeld gesetzt. Insgesamt kommt es zu einer dauerhaften Förderung von 1.600 Schulplätzen (bisher 1.200 Schulplätze). Um eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung zu sichern, werden jährlich 40 Mio. Euro für **Krankenhausbaumaßnahmen** im Rahmen von Einzelprojekten gefördert. Dies geschieht aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung der Investitionsbank Schleswig-Holstein.

### **Bürgerschaftliches Engagement**

Die Weiterentwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements aller Generationen soll durch den Ausbau und die Stärkung der Rahmenbedingungen und Strukturen für freiwilliges gesellschaftliches Engagement und der **Freiwilligendienste** sowie durch die Intensivierung der Anerkennungskultur und Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden. Trotz der Einführung des neuen Bundesfreiwilligendienstes am 1. Juli 2011 sind der Bedarf und die Nachfrage nach FSJ-Plätzen unvermindert hoch. Der Haushaltsansatz wird 2013 von 850.000 Euro auf 950.400 Euro erhöht.

### **Menschen mit Behinderung**

Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt und in Integrationsbetrieben hat für mich Vorrang vor einer Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. So sollen die Sozialversicherungssysteme gestärkt und die Steigerung bei den Kosten der Eingliederungshilfe gedämpft werden. Für das Jahr 2013 wird das Land zudem Landesmittel bereitstellen, die den Anspruch des Landes an die Kreise und kreisfreien Städte zum effektiven Mitteleinsatz, zur Fortsetzung des Ambulantisierungsprozesses und zur sozialräumlichen Entwicklung nochmals verstärken. Unberührt bleibt die gesetzliche Verpflichtung, alle Ausgaben für stationäre Leistungen zu finanzieren.

### **Landesblindengeld**

Mit der Änderung des Landesblindengeldgesetzes Schleswig-Holstein wird das Landesblindengeld für Erwachsene auf 300 Euro monatlich angehoben.

## **Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen**

Die Mittelaufstockung im Bereich der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen um 553 T€ auf 5.353 T€ ab dem Jahr 2013 versetzt das Land Schleswig-Holstein, das im Gutachten des Bundes schon jetzt immer wieder als führend im Bereich der Frauenfacheinrichtungen genannt wird, in die Lage, von Gewalt betroffene Frauen weiterhin professionell unterstützen zu können. So werden die Mittel zum einen für die Sicherung der Infrastruktur der ambulanten und stationären Hilfeangebote für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder und zum anderen für die fachliche Weiterentwicklung genutzt werden.

## **Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zur Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder in unserem Land**

Der quantitative und qualitative Ausbau von Betreuungsplätzen für **Kinder unter drei Jahren** hat zunehmenden Stellenwert erhalten. Stichworte sind frühkindliche Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ab 1. August 2013 werden Eltern von Kindern ab dem vollendeten 1. Lebensjahr einen gesetzlichen Anspruch darauf haben, dass ihr Kind in einer Krippe oder in Tagespflege betreut wird.

Das in 2008 aufgelegte **Investitionsprogramm des Bundes** unterstützt den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Schleswig-Holsteins Anteil an diesem Programm für die Jahre 2008 bis 2013 beträgt **74,2 Mio. Euro**. Diese Gelder sind seit Mitte 2012 **vollständig** durch Bewilligungen **gebunden**.

Zusätzlich 60 Mio. Euro hat das Land [Ende 2010] für Investitionen bereitgestellt.

Die Kommunen haben, unterstützt durch diese Förderprogramme, von **2008 bis Mitte 2012** mehr als **12.500 neue Betreuungsplätze** für Kinder **unter drei Jahren** geschaffen.

Weitere Investitionsmittel sollen infolge der Einigung zum **Fiskalpakt** in den bedarfsgerechten Ausbau fließen.

Neben der investiven Förderung gewährt das Land den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe Zuschüsse zu laufenden Betriebskosten von Kindertagesstätten. Wir haben klar gesagt, dass das Land die Kommunen bei der Aufgabe der Kinderbetreuung besonders unterstützen wird. In diesem Sinne haben wir in dem aus der letzten Legislaturperiode **„geerbten“ Streit** um die Krippenfinanzierung einen Durchbruch erzielt. Mit dem erreichten Kompromiss, ist **Verfassungsklage der kommunalen Seite vom Tisch**. Wir haben die Grundlage für eine verlässliche Förderung geschaffen.

Wir werden **ab 1. August 2013 die Kosten voll erstatten**. Denn es ist richtig: nicht die Kommunen haben den Kostenaufwuchs verursacht. Sondern der Bund hat – in leider bekannter Manier – eine eigentlich richtige Maßnahme angeschoben, die dann andere bezahlen sollen.

Die Unterstützung des Landes wird in **2013 15 Mio.** Euro betragen und sich **bis 2017 auf 80 Millionen Euro** pro Jahr erhöhen. Diese Zuschüsse werden entsprechend der Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren, der Dauer der Betreuung sowie dem Anteil der Kinder aus überwiegend nicht deutsch sprechenden Familien gewährt.

### **Bildung in der KiTa**

Neben einer guten Betreuungsinfrastruktur müssen auch inhaltlich-qualitative Aspekte in der Kindertagesbetreuung verfolgt werden. Es ist Ziel der Landesregierung, jedes Kind so zu fördern, dass es zum Schuleintritt alle Chancen hat, einen erfolgreichen Bildungsweg zu gehen. Dazu wurden für die Kindertagesstätten **Bildungsleitlinien** erarbeitet, das integrative Sprachförderkonzept entwickelt, die Weiterbildung und Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte ausgebaut und neue Ausbildungswege an Hochschulen geschaffen. Die **Sprachbildung** in Kindertageseinrichtungen, der besonderes Gewicht zukommt, fördert das Land mit 4 Mio. Euro pro Jahr. Hinzu kommen jährlich insgesamt 2 Mio. Euro für die vorschulische Sprachintensivförderung (SPRINT) und die Sprachheilförderung. Zudem beteiligen sich 136 Kindertageseinrichtungen des Landes an dem Bundesprojekt „Sprache und Integration“. In den Schulen wird

die Sprachbildung weitergeführt. Zu diesem Zweck wurden flächendeckend „Deutsch als Zweitsprache-Zentren“ (DaZ-zentren) an Schulen eingerichtet.

### **Ausbau des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen**

Der Ausbau des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen in Schleswig-Holstein wird durch das am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Bundeskinderschutzgesetz weiter gestärkt und vorangebracht. Das MSGFG wird ca. 2,1 Mio. Euro für die Umsetzung des Gesetzes auf kommunaler Ebene einsetzen. Neben der Umsetzung der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen und der damit verbundenen Verwendung von Bundesmitteln werden im Landeshaushalt auch weiterhin 450.000 Euro für die Weiterentwicklung der Frühen Hilfen durch das Landesprogramm Schutzengel bereitgestellt.

Diese Haushaltsbasis bildet ein gutes Fundament für eine solide und zukunftsweisende Arbeit in den Feldern Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Kinder.